Preis der Einzelnummer 5 Grusch

Bezugspreis

Inland: 1 Monat 1,75 T. Pfd., 3 Monate 5.- T. Pfd., 6 Monate 9.- T. Pfd., 12 Monate 16.- T. Pfd. Ausland: 1 Monat 6.- R.-Mark, 6 Monate 30.- R.-Mark oder Gegenwert. Alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3. Seite 50 Grusch, 4. Seite 30 Grusch. (Inlandspreise).

Geschaeftsleitung: Schischhane Karakol Jokuschu, Saverio-Caleja-Gasse, Phoenixhaus.

Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 269.

Türkische Post

تورکیشه پوست

نسخه‌سی ٥ غروش

آبونه

داخل ایچون: برآیلغی ١،٧٥ اوچ آیلغی ٥ لیرا، آلتی آیلغی ٩ بر سنه‌لك ١٦ لیرا

خارج ایچون: برآیلغی ٦ آلتی آیلغی ٣٠ آلتون مارق

اعلانات

١ نجی صحیفه‌ده بر سانتیمتره‌سی ١٠٠ ، ٢ نجی صحیفه‌ده ٧٥

٣ نجی صحیفه‌ده ٥٠ ، ٤ نجی صحیفه‌ده ٣٠ غروش

تلفون پرا ١٧٣٣

پوسته قوطوسی – غلطه ٢٦٩

1. JAHRGANG NO. 192

Tageszeitung für den Nahen Osten

Konstantinopel, Freitag, 10. Dezember 1926

Hauptschriftleiter: Dr. P. F. Schmidt-Dumont. Verantwortlicher Schriftleiter: Musaffer Bej Politik und Handel. Dr P. F. Schmidt-Dumont. Feuilleton und Lokales: Josef Hans Lazar Inseratenteil. Erwin Schmidt. Verlag: von Ritgen & Co. Druck: Phoenix Buch- und Steindruckerei;

Tagesspiegel.

جنوره‌ده مسائل حاضره‌نك قطعی حلنه هنوز وارلمامشدر . شترزمان خفیف بر راحتسزلقدن طولایی سوك اجتماعه اشتراك ایده‌مه‌مشدر.

§ بكرشده سرای قرالیده ظهوره‌كلن یانغین سرایی تخریب ایتمشدر.

§ مكسیقاده ایتالیان وفرانسزلر آره‌سنده مصادمه‌لر اولدوغنه كلدیكی تكذیب ایدلمكده‌در.

§ نینچیچك یرینه ماریقویچك تعیینی اولنه‌جغی سویلنمكده‌در.

In Genf ist es noch nicht zu einer endgueltigen Klaerung gekommen. Stresemann hat wegen leichter Erkrankung an der letzten Sitzung nicht teilgenommen.

Eine Feuersbrunst zerstoerte den koeniglichen Palast in Bukarest.

Italienisch-franzoesische Zusammenstoesse in Mexiko werden dementiert.

Zum Nachfolger Nintschitsch soll Marinkowitsch ausersehen sein.

Die bulgarische Waldkonzession.

Heftige Kämpfe in der Sobranje.

Von unserem Berichterstatter

Sofia, 4. *Dezember*.

Wie seinerzeit die Konzession zur Ausfuhr von Schweinefleisch, so beschäftigt jetzt die Konzession zur Ausbeutung der Staatswälder von Düwlen, Malko Tirnowo und Wassilko, die jetzt in der Kammer abgestimmt wird, die gesamte Oeffentlichkeit. Es handelt sich um riesige, bisher fast noch unberührte Waldbestände, in einer Ausdehnung von etwa 60000. Hektar. Als Konzessionär tritt die «Bulgarische Forst-Industrie A.G.» auf, die über bulgarisches, Schweizer, englisches und deutsches Kapital verfügt. Das ganze Unternehmen stellt ein Objekt von 10 Millionen Mark dar.

Schon seit Tagen ist der Gesetzentwurf in der Kammer Gegenstand leidenschaftlichster Erörterungen und Anlass zu immer neuen Konferenzen der Regierungsmehrheit, innerhalb deren ebenfalls noch keine absolute Einigkeit betreffs dieser Frage besteht. Die Demokraten haben sich bereits gegen die Konzession erklärt und die Presse ist angefüllt mit spaltenlangen Ausführungen über das Für oder Wider der Konzession. Bezeichnend für die Lage ist es, dass die im Bereiche des Konzessionsgebietes lebende Bevölkerung verschiedentlich—so vor allen in Wassilko—gegen die Konzession Protest erhoben hat, während in anderen Gegenden die einheimische Bevölkerung Sympathietelegramme für den Konzessionär absandte, und eindringlichst ihren Wunsch nach Annahme des Konzessionsvertrages ausdrückte.

Die hauptsächlichsten Punkte der Konzession sind folgende: Die Konzession wird für die Dauer von 40 Jahren erteilt und ist steuerfrei. Der Konzessionär verpflichtet sich jährlich zu einer Abgabe von 6 o/o seiner Einnahmen an den bulgarischen Staat, zum Bau einer Banlinie Kritischim-Düwlen und anderer Linien von insgesamt 375 km Länge. Ferner zur Gewährung einer Anleihe von 50 Millionen Lewa zum Weiterbau der elektrischen Zentrale «Watscha» in Kritschim bei Philippopel und zur Gewährung einer zweiten Anleihe von 15 Millionen Lewa zum Bau des Hafens von Wassilko. Ausserdem sind 4 o/o aus den Halbfabrikaten an den Fonds für «Kulturmassnahmen» zwecks Wiederanpflanzung der abgeholzten Flächen zu überweisen. Der Saat verpflichtet sich dagegen zum Bau des Hafens von Wassilko und privilegiert den Konzessionär für den Bau von Fabriken für Papier, Terpentin und anderen Erzeugnissen der Holzindustrie.

Gegen diesen Vertragsentwurf sind nun eine Reihe von sehr scharfen Bedenken aufgetaucht, u. a. seitens des früheren Landwirtschaftsministers Jan. Molloff. Er richtet sich vor allem gegen die Konzessionsabgabe von Waldbeständen, die von der heimischen Bevölkerung ausgenutzt werden, so z. B. in Klein Tirnowo und Wassilko, wo die ansässige Bevölkerung brotlos wird, da ihr durch die Konzession ihr Erwerb, die Holzkohlenbrennerei, verloren geht. Er stellt ferner fest, dass die Einnahmen für den Staat aus der Konzession viel zu gering sind und dass durch kleinere Ausschreibung und heimische Teilverkäufe der Staat grösseren Nutzen erzielen würde. Und schliesslich sei im Vertrage nicht festgesetzt, wo die Uebergabe der Halbfabrikate seitens des Staates vor sich ginge, sodass durch den event. Transport der Materialien ab Waldlager bis zur Eisenbahnbahnlinie (ohne Waggons und Lokomotiven) Kritschim—Düwlen (200 km) im Staatseigentum nach Ablauf der Konzession keine besondere Vergünstigung darstelle, da es sich um eine Schmalspurbahn handele, die ausserdem noch in ziemlich unbewohnte Gegenden führe. Vor allem sei es unverständlich, dass nicht der Konzessionär die Verpflichtung zur Wiederaufholzung der Schnittflächen habe übernehmen müssen, sondern der Staat dies gegen eine für einen jährlichen Schnitt von 150.000 Kubikm. viel zu geringe Vergütung in die Hande nehmen wolle. Und schliesslich sei der Konzessionär zum Bau der Papierfabriken und chemischen Fabriken, die so viel zu dem industriellen Aufschwung des Landes beitragen sollten, leider nicht verpflichtet, sondern nur priveligiert und der Staat erhalte keine Prozente aus diesen Fabriken. Bemängelt wird auch die Tatsache, dass die Einfuhr von Holzmaterialien mit hohem Zoll belegt wird, sodass der Konzessionär vollkommen Herr des inländischen Marktes werden und die Preise nach seinem Belieben diktieren können wird.

Es ist nur selbstverständlich, dass bei einem Unternehmen von so weittragender Bedeutung, wie es die Waldkonzession darstellt, die Meinungen weit auseinandergehen und die Kammerdebatten sich in die Länge ziehen. Die Regierung betont immer wieder, dass ein gründlicher wirtschaftlicher Aufschwung des Landes ohne fremde Kapitalien unmöglich sei und weist als Beispiel auf die vielen ausländischen Einlagen im Schweizer Hotelgewerbe hin. Bulgarien allein könne niemals ein Unternehmen wie die «Bulgarische Forst-Industrie A.G.» aufbringen, deren Arbeit nicht im entferntesten von Teilunternehmungen geleistet werden könnte. Jährlich verfaulen in den grossen Staatswäldern Millionenwerte an Holzmaterial, während mit Hilfe der Konzession dem Staat und der Bevölkerung ein jährlicher Gewinn von insgesamt 50-100 Millionen Lewa zuflösse. Es wird an die Konzessionsabsichten für den Ausbau des Hafens Warna, für die Elektrifizierung der Stadt Philippopel, für die Einrichtung des Bades Hissar erinnert, deren Nichtannahme seinerzeit man heute aufs lebhafteste bedauere. Es handele sich im *gegebenen Falle* um keine Spekulation, sondern um ein Unternehmen von rein produktivem Charakter.

Inzwischen hat sich der Konzessionär, der in ständiger Fühlung mit der Regierung steht, zu einigen Zugeständnissen bereit erklärt, und zwar in folgendem: Die Materialien, die an den Staat abgegeben werden, werden auf Kosten der Konzessionäre bis zum Bahnhof Kritschim befördert, die Genossenschaften in Malko Tirnowo und Wassilko, die bis jetzt die Holzmaterialien für Kohlenbrennerei u.w.s. ausnutzten, erhalten in Zukunft die gleichen Holzmengen; der Konzessionär verpflichtet sich, bis 1. April 1927 der elektrischen Zentrale «Wotscha» einen Kredit im Ausmass von 2 Millionen Schweizer Franken zu 7 o/o Zinsen, zahlbar in 10 Jahren zu geben, die jährlichen Einlagen in den Fonds «Kulturmassnahmen» werden von 4 auf 6 o/o erhöht; der Konzessionär wird ferner innerhalb 3 Jahren Fabriken usw. zur Verarbeitung der Holzabfälle erbauen und hierfür das Kapital auf 13 Millionen Schweizen Franken oder 350 Millionen Lewa erhöhen. Durch diese Erklärungen jedoch sind die Kammerdebatten durchaus nicht eingestellt, sondern der Meinungskampf geht weiter, und es werden Stimmen laut, dass infolge der Veränderung der Bedingungen die Möglichkeit gegeben sei, eine neue Ausschreibung festzusetzen. Trotz allem ist mit der Annahme der Konzession zu rechnen, die gestern bereits in erster Lesung angenommen wurde.

Auch die Konzession zur Ausbeutung der Wälder des Stara Planina- (Balkan) und Sredna Gora- Gebirges steht bevor.

Englands Steuern.

London, 7. Dezember (A.A.)

Der Finanzminister erklärte im Laufe einer Rede vor dem Unterhaus, dass die Steuern in England sich für den Kopf der Bevölkerung auf 375 Schillinge belaufen, wovon 162 Schillinge auf die öffentliche Schuld, 110 Schillinge auf die Zivilverwaltung und 54 Schillinge auf die nationale Verteidigung entfallen.

Die Genfer Beratungen.

Gemeinsame Besprechungen.

Genf, 7. Dezember (A.A.)

Die Vertreter Frankreichs, Englands, Italiens, Belgiens und Deutschlands hielten zu ersten Mal eine gemeinsame Unterredung ab. Sie erklärten, dass sie bis jetzt mit der Entwicklung zufrieden seien, und dass man auf den Abschluss eines Abkommens rechnen könne.

Vorlaeufig keine endgültige Regelung?

London, 18. Dezember. (A.A.)

Man nimmt allgemein an, dass es gegen Ende der Woche möglich sein wird, zu einem Abkommen über die deutsche Entwaffnung zu gelangen. Im Falle, dass das Abkommen noch k e i n e n e n d g ü l t i g e n C h a r a k t e r tragen solle, könnte es jedenfalls a l s B a s i s f ü r e i n e e n d g ü l t i g e R e g e l u n g dienen.

Die Unterredung in Genf zwischen den Vertretern der interessierten Regierungen nehmen einen günstigen Verlauf. Die juristischen Sachverständigen Deutschlands, Englands und Frankreich, Gauss, Sir Cecil Hurst und Fromageot sind damit beschäftigt, die Richtlinien für die Ausübung der Militärkontrolle des Völkerbundes über Deutschland festzulegen. Die Blätter sind der Ansicht, dass noch vor Ende der Woche das Datum der Aufhebung der interalliierten Kontrollkommission bestimmt sein wird.

Vom Völkerbundsrat.

London, 7. Dezember (A.A.)

Der Völkerbundsrat billigte die Ernennung des früheren deutschen Botschaftsrates in London, Dufour Feronce, zum Untergeneralsekretär des Völkerbundes. Sir Austen Chamberlain beglückwünschte den Rat zu seiner Wahl und Stresemann dankte seinerseits dem britischen Minister für seine freundlichen Worte.

Sir Austen Chamberlain gab der Absicht des Rates Ausdruck, dass am Hygiene-Ausschuss des Völkerbundes eine Frau teilnehmen solle, und er schlug vor, sie zu ernennen. Der Völkerbundsrat vertagte sich auf den nächsten Tag.

Stresemann nimmt an der Ratssitzung nicht teil.

Genf, 8. Dez. (A.A.)

Eine leichte Erkältung hinderte Stresemann daran, an der Sitzung des Völkerbundsrates teilzunehmen.

Genf zum Rücktritt des serbischen Aussenministers.

London, 7. Dez. (A.A.)

Nach Meldungen aus Genf hat der Rücktritt des Belgrader Aussenministers Nintschitsch in offiziellen Kreisen des Völkerbundes einen sehr schlechten Eindruck hervorgerufen. Man nimmt an, dass der Rücktritt bedauerliche Folgen haben könnte.

Der Handelsminister ueber Thrakien.

Angora, 8. Dez.

Handelsminister Rachmi Bej äusserte sich der Presse gegenüber über die Eindrücke seiner Reise nach Thrakien wie folgt:

Der vor sechs Wochen in Thrakien einsetzende Regen hat die Bedürfnisse der Landwirtschaft sichergestellt. Der Boden Thrakiens ist heute von einem frischen Grün bedeckt. Die günstige Witterung dieses Jahres hat es ermöglicht, anderthalbmal so viel Land zu bestellen, als im Vorjahr. Wenn die Ernte von allen Schäden der Witterung bewahrt werden kann, dann wird der Ausfall des Vorjahres durch die heurige Ernte wettgemacht werden. Die überaus fleissige Bevölkerung Thrakiens hat in den letzten drei Jahren ihr landwirtschaftliches Rüstzeug vollkommen erneuert. Das ist ein nicht unbedeutender Erfolg. Auch in den anderen Produktionszweigen sind Fortschritte zu verzeichnen. So hat sich infolge des Anziehens der Käsepreise die Bevölkerung für diesen Produktionszweig stärker interessiert als bisher.

Natürlich haben auch in Thrakien Produzenten und Kaufleute einen starken Kreditbedarf, d e n a b e r d i e B a n k e n v o l l k o m m e n b e f r i e d i g e n k ö n n e n. Bankgründungen in Adrianopel und Kirklar-Ili sind in Vorbereitung.

In Adrianopel ist mit ausgezeichnetem Erfolg eine K o n s e r v e n f a b r i k in Betrieb. Die in Adrianopel arbeitenden Schulen für Landwirtschaft und Gewerbe tragen zur Hebung der Bevölkerung ausserordentlich bei. In Adrianopel und Tekfur Dag sind zur Instandhaltung der landwirtschaftlichen Maschinen R e p a r a t u r w e r k s t ä t t e n eingerichtet worden. Die Herrichtung des Hafens v o n T e k f u r D a g, die auch für die einer ausserordentlich bedeutsamen Zukunft entgegengehende Gallipoli-Fischerei sehr wichtig ist, ist bereits sichergestellt.

Auch die Ausbeutung der thrakischen K o h l e n v o r k o m m e n wird in Angriff genommen werden.

Die zu den verlassenen Gütern gehörenden Mühlen und Käsefabriken werden wieder in Gang gesetzt werden. Auch die S e i d e n r a u p e n z u c h t nimmt von Jahr zu Jahr zu. Nur die T a b a k p r o d u k t i o n ist wegen der Absatzstockung im letzten Jahr zurückgegangen.

Die hohen Tarife der von den Griechen betriebenen Eisenbahnstrecken sind natürlich eine schwere Belastung des Wirtschaftlebens. Der Bau eigener Eisenbahnstrecken und Chausseen in Thrakien ist daher von ausschlaggebender Wichtigkeit.

Die Kohlenkrise im Unterhaus.

London, 7. Dez, (A.A.)

Der Kohlenkonflikt wird noch einmal am Mittwoch Gegenstand einer letzten Debatte im Unterhaus werden. Macdonald wird die Nationalisierung und Reorganisation des englischen Bergbaues fordern. Diese Forderung wird aller Wahrscheinlichkeit nach von den Liberalen heftig bekämpft werden und selbstverständlich auch von den Konservativen, von denen einige den Antrag eingebracht haben, das Wiederanschneiden einer derartigen Frage mit energischen Mitteln zu unterbinden.

Die Kammer wird sich am Donnerstag voraussichtlich vertagen und kaum vor Mitte Februar wieder zusammentreten.

Noch keine Kohlenausfuhr aus England.

London, 8. Dez. (A.A.)

Die Tatsache, dass gegenwärtig wieder 700.000 Bergarbeiter in den Gruben arbeiten, lässt es als möglich erscheinen, den Kohlenpreis für zum Haushalt bestimmte Kohlen von 24 auf 19 Schillinge herabzusetzen. Die Einschränkungen, denen die Kohlenausfuhr unterworfen ist, werden, mit Ausnahme der für Anthrazit und Koks, in Kürze aufgehoben werden. (Wie wir bereits vor einigen Tagen vorausgesagt haben. d. Red.)

Die Nachwahlen.

Eskischehir, am 8. Dezember.

Heute fand hier und in der Umgebung die Wahl für das erledigte Mandat statt. Die abgegenenen Stimmen (in Eskischehir 142, in Seijid Gasi 34, in Michalitsch 45, in Siwrihissar 66) lauteten e i n s t i m m i g auf den Kandidaten der Volkspartei Ali Uelwi Bej.

Adabasar, 8. Dezember.

Bei den Wahlen in Adabasar, Chendek und Kandara wurde der Kandidat der Volkspartei Ragib Bej e i n s t i m m i g gewählt.

Besprechungen in Kairo.

Kairo, 6. Dezember.

Der Oberkommissar für Aegypten, Lord George Lloyd, stattete König Fuad in dessen Schloss Adad-din einen langen Besuch ab und hatte auch mit dem Ministerpräsidenten Saglul Pascha eine Unterredung, nach der Saglul Pascha einen Ministerrat abhielt. Der Präsident des Abgeordnetenhauses besuchte darauf Lord George Lloyd und verweilte anderthalb Stunden bei ihm im Gespräch.

Auch der türkische Gesandte Muchieddin Pascha hatte kürzlich eine lange Besprechung mit Saglul Pascha.

Rückgabe des deutschen Eigentums.

Fast acht Jahre hindurch konnten sich die Amerikaner nicht dazu entschliessen, das während des Krieg beschlagnahmte deutsche Privateigentum freizugeben. Sie *erkannten wohl zeitig genug*, dass es für die Vereinigten Staaten selbst ein unwürdiger Zustand sei, die Vermögen von Angehörigen eines ehemals feindlichen Staates über den Friedensschluss hinaus zurückzuhalten, konnten sich jedoch aus parteipolitischen Gründen niemals über das weitere Schicksal des Eigentums einig werden. Traten die Republikaner für die eine Lösung des Problems ein, dann versteiften sich die Demokraten auf eine andere. Immerhin war man sich grundsätzlich doch so weit nahe gekommen, dass über die Notwendigkeit einer Aufhebung der Beschlagnahme schliesslich keine Meinungsverschiedenheiten mehr herrschten, zumal diese Angelegenheit dauernd dem weiteren Ausbau des deutsch-amerikanischen Freundschaftsverhältnisses, wie es sich nach dem Kriege wieder anbahnte, hindernd im Wege stand. Nur über die Befriedigung der amerikanischen Gläubiger waren die Ansichten verschieden. Aber auch hier ist es jetzt gelungen, einen gangbaren Weg zu finden. Achtzig Prozent des Eigentums soll zurückerstattet werden, während die amerikanischen Ansprüche zu siebzig Prozent befriedigt werden sollen. Auf dieser Basis haben sich die Parteien geeinigt, so dass also bis März nächsten Jahres es nicht schwer sein wird, etwa noch auftauchende Schwierigkeiten beiseite zu räumen und dann die Beschlagnahme aufzuheben. Zu einer restlosen Freigabe haben sich die Amerikaner leider nicht entschliessen können. Immerhin waren sie doch vernünftig genug, nicht die gleichen Wege, wie England und dessen Alliierte aus dem Weltkrieg zu gehen, sondern das private Eigentum zum allergrössten Teil den alten Besitzern wieder zu überlassen und sich im übrigen an das Reparationsabkommen zu halten, dessen Erträgnisse zur Abdekkung der angemeldeten Ansprüche amerikanischer Gläubiger benutzt werden.

Das Programm der neuen griechischen Regierung.

Der Ausgleich des Budgets die Hauptfrage.

Athen, 7. Dez. (A.A.)

Der Ministerpräsident Saimis verlas vor der Kammer die Regierungserklärung. Er sprach zunächst über die Umstände, die die Zusammenarbeit der 5 parlamentarischen Parteien nötig machen.

Die Regierung empfielt der Kammer in erster Linie das Revisionswerk zu fördern und die Massnahmen zu billigen, die notwendig sind, um verschiedene Misstände in Armee und Marine aufzuheben, und kündet an, dass ein Gesetzentwurf bierzu der Kammer demnächst vorgelegt werden wird. Uebergehend auf die auswärtige Politik sagt die Erklärung, dass die Regierung mit der Ansicht der Parteien darin übereinstimme, das Griechenland eine gerade Friedenslinie in seiner Aussenpolitik innehalten müsste. Die Regierung werde sich befleissigen mit allen Staaten gute Beziehungen zu unterhalten. Selbst verständlich werde die Festigung der Beziehungen leichter sein mit Völkern, mit denen Griechenland bereits durch Ueberlieferung und Vergangenheit verbunden sei oder mit denen sie dieselben Interessen hätten, ob es sich hier um Nachbarvölker handle oder nicht. Griechenland verfolge mit lebhafter Genugtuung die fruchtbringende Tätigkeit des Völkerbundes für die allgemeine Menschlichkeit, dessen grosse Mission verstärkt werde durch die Friedensidee, die in den meisten Ländern auf eine zahlreiche Anhängerschaft zählen könne. Griechenland werde mit Nachdruck jede Bewegung für eine allgemeine Abrüstung unterstützen mit dem Vorbehalt, dass diese Massnahmen keinen Faktor der Unsicherheit für Griechenland selbst in sich trügen.

Eine der Hauptsorgen der Regierung werde der Ausgleich des Haushalts durch vernünftige Wirtschaft sein. Die Erklärung kündigt die Schaffung selbstständigerer, örtlicher Regierungsorgane und die Dezentralisation der Verwaltung an.

Letzte Nachrichten

Gegen die Rinderpest.

Angora, 8. Dez.

Im Batum soll, wie bereits berichtet, ein von der Sowjetunion und der Türkei gemeinsam veranstalteter Kongress abgehalten werden, der über die in den türkisch-russischen Grenzgebieten herrschende Rinderpest und ihre Bekämpfung beraten und beschliessen soll. Der Kongress beginnt im Januar. Es nehmen an ihm, ausser einigen Spezialisten, die in Batum befindlichen Vertreter des Aussenkommissariats und Ackerbaukommissariats der Sowjetunion, der Stellvertreter des Landwirtschaftskommissärs und der Veterinärchef Georgiens teil. Die Türkei entsendet den Inspektor der Volkspartei Ibrahim Tali Bej, den Generaldirektor des Veterinärwesens Ali Risa Bej, den tierärztlichen Bakteriologen Schefik Bej, sowie den Chefveterinär von Konstantinopel Rassim Bej.

Kinoverbot für Kinder.

Angora, 8 Dezember

Der Abgeordnete von Kirklar Ili Fuad Bej hat einen Antrag eingebracht, wonach Kindern unter 16 Jahren der Besuch der Kinos allgemeine untersagt werden soll. Kinder unter diesem Alter sollen in den Kinos nur Filme nationalen und sozialen Inhaltes vorgeführt bekommen.

Christliche und jüdische Religionswissenschaft an der Stambuler Universität.

Konstantinopel, 9. Dezember

An der theologischen Fakultät der Stambuler Universität wurde um den Unterricht neuzeitlichen Ansprüchen anzupassen, eine besondere Komission für Religionswissenschaft aus gewählten Sachverständigen zusammengesetzt.

Nach Beschluss dieser Kommission soll an der theologischen Fakultät der Stambuler Universität in nächster Zeit auch mit dem Vortrag von jüdischer und von christlicher Religionswissenschaft und Geschichtswissenschaft begonnen werden.

Die deutsche Volkspartei gegen die Sozialisten.

Berlin, 8. Dez. (A.A.)

Die Führer der Sozialisten machten den Reichskanzler auf die Wirkung der Erklärungen des volksparteiischen Abgeordneten Scholz auf dem Kongress in Insterburg aufmerksam, der sich gegen die grosse Koalition und für ein Zusammengehen mit der Rechten ausgesprochen hatte. In demokratischen Kreisen hofft man gegenüber der Haltung der Sozialisten, dass es dem Kanzler gelingen werde eine Krise zu verhindern. Die Blätter der Rechten sehen einen Sturz des Kabinetts noch vor Weihnachten voraus.

Die eigenartigen Truppenbewegungen in Marokko.

Rabat, den 7. Dez. (A.A.)

Die Truppenbewegung in Marokko haben ungenaue Auslegungen erfahren. Es handelt sich einfach um eine Umgruppierung von Streitkräften und Rückführung von Soldaten nach Frankreich.

Die Spanier besetzten das Gebiet der Stämme der Benilaite.

Paris, 8. Dez. (A.A.)

Painlevé erklärte in der Kammer, dass die Truppenbewegung im Südosten ganz natürlich vor sich gehe und die Rückführung von Truppen aus Marokko zur Ursache habe.

Erneute Zusammenstösse in Ventimiglia.

Paris, 8. Dez. (A.A.)

Nach Blättermeldungen aus Nizza sind die Faschisten in der Nacht in den Schlafsaal der französischen Lokomotivführer eingedrungen und haben sie und den Saal bis in alle Einzelheiten durchsucht. Infolge dieses Zwischenfalles lehnen die Lokomotivführer es ab, in Zukunft die Züge bis zur Grenze zu führen.

Paris, 8. Dezember. (A.A.)

Das Gerücht eines neuen italienisch-französischen Zwischenfalles in Vintimiglia wird dementiert.